

USA: HUSSAIN ALMERFEDI UNBEGRENZTE HAFT OHNE PROZESS UND URTEIL.



Hussain Almerfedi ist seit über neun Jahren in Guantánamo inhaftiert – ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. 2010 entschied ein US-Richter, dass die Inhaftierung des jemenitischen Staatsbürgers rechtswidrig sei und er freigelassen werden müsse. Dies wurde jedoch von der US-Regierung verhindert.

Hussain Salem Mohammed Almerfedi wurde im Dezember 2001 von der iranischen Polizei in Teheran festgenommen und an die US-Behörden in Afghanistan übergeben. Dort hielt man ihn zunächst auf dem US-Militärstützpunkt Bagram fest, bevor er im Mai 2003 nach Guantánamo gebracht wurde. Seither ist er ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in dem US-Gefangenenlager auf Kuba inhaftiert. Die US-Behörden werfen dem Jemeniten vor, er habe ausländischen Kämpfern geholfen, über den Iran nach Afghanistan einzudringen. Hussain Almerfedi hat diese Vorwürfe zurückgewiesen und erklärt, er habe den Jemen verlassen, um in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Europa zu gehen.

Im Juli 2010 entschied ein US-Bundesrichter, dass die Inhaftierung von Hussain Almerfedi und anderen Gefangenen rechtswidrig sei und er freigelassen werden müsse. Die US-Regierung unter Barack Obama legte jedoch Berufung gegen diese Entscheidung ein, 2011 hob ein Berufungsgericht das ursprüngliche Urteil auf. Der Oberste Gerichtshof der USA lehnte eine Anhörung des Falls 2012 schließlich ab.

Für Hussain Almerfedi bedeutet dies: Haft ohne Urteil, auf unbestimmte Zeit. Erst im September 2012 starb der jemenitische Gefangene Adnan Latif unter ungeklärten Umständen in Guantánamo. In einem Brief an seinen Anwalt hatte er geschrieben, aufgrund der Zustände in Guantánamo „sehne ich mich nach dem Tod, nicht mehr nach dem Leben“.

Im Januar 2002 brachte das US-Militär die ersten Gefangenen nach Guantánamo. Seitdem wurden dort etwa 800 Männer inhaftiert. Nur einer von ihnen wurde vor ein Zivilgericht in den USA gestellt. In einigen Fällen verkündeten Militärkommissionen nach unfairen Verfahren ihr Urteil. Mehrere Häftlinge, darunter auch Hussain Almerfedi, haben sich mithilfe von engagierten Anwälten an US-Gerichte gewandt, um prüfen zu lassen, ob ihre Haft rechtmäßig ist. In wenigen Fällen hatten sie Erfolg und wurden entlassen. Doch die große Mehrheit der Gefangenen war oder ist weiterhin ohne Urteil inhaftiert.

Derzeit befinden sich noch etwa 170 Männer in Guantánamo, ungefähr die Hälfte kommt aus dem Jemen. Sie haben kaum Chancen auf eine Freilassung, da die US-Regierung Anfang 2010 entschied, keine jemenitischen Gefangenen mehr in ihr Heimatland zu überstellen. Die Regierung begründet dies mit der Situation in dem arabischen Land – man befürchtet, die Freigelassenen könnten sich dort militanten Kräften anschließen und wiederum zur Gefahr für die USA werden.

DEIN BRIEF KANN LEBEN RETTEN!
Sei dabei: Blatt umdrehen,
unterschreiben und Brief abschicken!

www.amnesty.de/briefmarathon

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HUSSAIN ALMERFEDIS UNBEGRENZTE HAFT BEENDEN! END THE ONGOING DETENTION OF HUSSAIN ALMERFEDI!



The White House

Office of the President
1600 Pennsylvania Avenue NW
Washington DC 20500

USA

Sehr geehrter Herr Präsident,

der jemenitische Staatsbürger Hussain Salem Mohammed Almerfedi ist seit mehr als neun Jahren in Guantánamo inhaftiert – ohne Anklage und ohne Gerichtsverfahren. Ein Bundesrichter hat seine Haftprüfungsklage 2010 positiv beschieden. Doch legte die US-Regierung Berufung gegen dieses Urteil ein und verhinderte so seine Freilassung. Einer möglichen Freilassung von Hussain Almerfedi steht außerdem im Weg, dass die US-Regierung 2010 verfügt hat, aus Sicherheitsgründen keine jemenitischen Gefangenen in ihr Heimatland zu überstellen. Die USA sind dafür verantwortlich, eine Lösung für die Gefangenen von Guantánamo zu finden, die in Einklang mit dem Völkerrecht steht.

Daher fordere ich Sie auf,

- Hussain Almerfedi und die übrigen Gefangenen von Guantánamo umgehend freizulassen, sofern sie nicht einer gesetzlich klar bestimmten strafbaren Handlung angeklagt werden.
- dafür zu sorgen, dass die Gefangenen, die strafbarer Handlungen angeklagt werden, ein faires Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht erhalten. Die Verhängung der Todesstrafe sollte dabei ausgeschlossen sein.

Hochachtungsvoll

Unterschrift, Datum

Name, Vorname

Adresse, Land

BITTE UNTERSCHREIBEN UND ABSCHICKEN!

(Porto: 0,75 Euro)